

Diese Wochenschrift  
erscheint wöchentlich Mittwochs Vormittag  
in einem Bogen in der Buchdruckerei der  
Gebr. Scharf für den vierteljähr. Pränu-  
merationspreis von 8 Sgr. (incl. Stempel.)



Ämtliche und Privat-Anzeigen  
für den Boten werden gegen 1 Sgr. für  
die breitgedruckte Zeile in gewöhnl. Schrift  
(größere Schrift und Einfassungen verhältnis-  
mäßig mehr berechnet) bis spätestens Dienstag  
früh 9 Uhr erbeten.

# Der Sächsischer Bote.

Eine unterhaltende und belehrende Wochenschrift  
für Stadt und Land.

N<sup>o</sup>. 27.

Mittwoch, den 9. Juli

1862.

## Zeitereignisse.

Berlin, 4. Juli. (In der Militärfrage) bereitet  
sich ein wichtiger Schritt vor. Abgeordnete von Hofen-  
beck hat in der Fraction der deutschen Fortschrittspartei  
den Antrag gestellt, beim Beginn der Debatte über den  
Militair-Stat die folgende Resolution einzubringen:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, nach-  
folgende Resolution zu fassen.

Das Haus der Abgeordneten hält es für nothwendig,  
beim Eingange in die Berathung des Militair-Budgets  
zu erklären:

1) daß, nachdem die Bewilligung außerordentlicher  
Mittel behufs erhöhter Kriegsbereitschaft mit dem 1.  
Januar 1862 ihr Ende erreicht, und da letztere gegen-  
wärtig auch nicht als erforderlich erachtet wird, ein legaler  
Zustand der Organisation des Heeres nur durch Zurück-  
gehen auf den ordentlichen Etat des Jahres 1859 ge-  
wonnen werden kann;

2) daß demgemäß das Haus die Mehrforderung der  
Staatsregierung, soweit nicht rechtliche Verpflichtungen  
des Staates eine Mehrausgabe bedingen, unter den ob-  
waltenden Umständen abzulehnen sich für verpflichtet hält;

3) daß dasselbe jedoch bereit ist, auch noch über den  
eben erwähnten Betrag hinaus, so weit überhaupt die  
finanziellen Verhältnisse des Landes dies gestatten, be-  
hufs Durchführung einer erhöhten Rekrutirung eine  
Mehrbewilligung auszusprechen, wosfern vorher:

- die zweijähr. Präsenz der Infanterie bei den Fahnen,
- die dreijährige Reservezeit derselben,
- die volle Aufrechterhaltung, resp. Wiederherstellung  
der ursprünglichen Stellung der Landwehr  
durch ein besonderes Gesetz festgestellt wird;

4) daß endlich das Haus seine Mitwirkung dazu bie-  
ten wird, wenn die Staatsregierung zur Zurückführung  
des jetzt factisch bestehenden Zustandes der Heeres-  
Organisation des Jahres 1859 oder auf eine durch das  
etwa neu erwirkte Gesetz begründete, sowie Behufs  
Deckung der im Jahre 1862 bereits verwendeten Mehr-  
ausgaben eine einmalige Bewilligung der dazu noth-  
wendigen Geldmittel beantragen sollte.

Daß über die Anerkennung des „Königreichs Italien“  
durch Rußland in Paris zur Zeit lebhaft verhandelt  
wird, ist bekannt. Die entgegenstehenden Bedenken sind  
indeß noch lange nicht soweit überwunden, als viel-  
fache Zeitungsberichte es darstellen; denn Rußland  
verlangt sowohl in Paris als Turin Garantien gegen  
die revolutionären Umtriebe der Polen, und solche Ga-  
rantien sind so leicht nicht zu beschaffen. Indes jene  
Anerkennung wird wohl ohne Zweifel in nicht zu langer  
Zeit erfolgen. Daß in diesem Falle unsre Regierung  
sich dem Beispiele Rußlands nachkommen werde, ist  
eine jedenfalls noch verfrühte Nachricht. Preußens auf-  
richtiger Wunsch ist es, daß das „Königreich Italien“  
sich sowohl den revolutionären Parteien, als dem Ein-  
flusse Frankreichs gegenüber bald mehr konsolidiren  
möge, als es zur Zeit leider der Fall ist, und bedarf  
von diesem Gesichtspunkte aus der förmliche Akt der  
„Anerkennung“ noch mancher Erwägungen.

Am 27. Juni besichtigte Se. Maj. der König die  
Militair-schießschule in Spandau und nahm im Schieß-  
hause Augenschein der verschiedenen Feuerwaffen, in-